

Zerstörung palästinensischer Häuser von 31 internationalen Organisationen verurteilt

21. August 2015

31 Hilfs-, Glaubens-, Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen fordern die Staats- und Regierungschefs weltweit auf, dringende Massnahmen gegen den Abriss palästinensischer Häuser zu ergreifen und die israelische Regierung dafür zur Verantwortung zu ziehen, dass mutwillig palästinensisches Eigentum und auch von internationalen Hilfsorganisationen finanzierte Projekte im besetzten Westjordanland dem Erdboden gleichgemacht werden.

Im Zuge einer erneuten Abrisswelle hat die israelische Armee diese Woche mindestens 63 Häuser und wichtige Infrastruktureinrichtungen in 10 palästinensischen Gemeinden im Area-C-Gebiet demoliert. Area C umfasst 60% des Westjordanlands und wird komplett durch das israelische Militär kontrolliert und verwaltet. Unter den zerstörten Einrichtungen befanden sich 12 Einrichtungen zur Erfüllung humanitärer Grundbedürfnisse, darunter Solarmodule, eine mobile Toilette, Stallungen und von der Europäischen Union finanzierte Zelte.

Die Hilfsorganisationen erklärten, dass die internationalen Geldgeber von Israel eine finanzielle Entschädigung für ihre zerstörten Einrichtungen sowie die Wiederaufnahme der Hilfen fordern sollten. Im Mai 2012 hat die Europäische Union öffentlich erklärt, dass sie von der israelischen Regierung den Schutz der zur Verfügung gestellten Hilfsgüter im Area-C-Gebiet erwarte. Seither sind Hunderte von Einrichtungen zerstört oder beschlagnahmt worden, die von europäischen und anderen Geldgebern finanziert wurden. Mindestens 356 Bauten, darunter 81 international finanzierte Hilfseinrichtungen, wurden dieses Jahr bereits im Area-C-Gebiet zerstört.

Die Zerstörungen haben allein in dieser Woche 132 Menschen obdachlos gemacht, darunter 82 Kinder. Sie sind für ein Viertel der abrissbedingten Vertreibungen allein im Jahre 2015 verantwortlich, das ist die höchste Zahl in fast drei Jahren.

„Diese Zerstörungen bringen die palästinensische Bevölkerung an den Rand des Erträglichen und zerstören jede Aussicht auf Frieden“, sagte die Oxfam-Regionalvorsitzende Catherine Essoyan. „Anstatt ihre Gemeinschaften und ihre Existenzgrundlage zu entwickeln, leben Tausende von palästinensischen Familien im Area-C-Gebiet im Elend und mit der permanenten Angst, dass ihr Haus morgen abgerissen wird und sie gezwungen sein könnten, ihr Land zu verlassen.“

Der Abriss der Häuser ist vor dem Hintergrund des Plans der israelischen Regierung zu sehen, 7.000 PalästinenserInnen „umzusiedeln“, die in 46 Gemeinschaften in der Area C leben. Die internationale Gemeinschaft hat die Regierung in Israel wiederholt aufgefordert, diesen „Umsiedlungsplan“ aufzugeben. Dieses Vorhaben betrifft Beduinen- und Hirtenfamilien im mittleren Teil des Westjordanlands einschliesslich des E1-Gebietes östlich von Jerusalem. Die israelische Regierung plant dort den Bau weiterer Siedlungen, die nach internationalem Recht illegal wären. UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon bestätigte auch die von anderen Stellen geäusserte Ansicht, dass der israelische „Umsiedlungsplan“, sollte er wie geplant durchgeführt werden, eher einer Zwangsumsiedlung gleichkäme.

Zwangsumsiedlungen und mutwillige Zerstörungen privaten Eigentums stellen einen groben Verstoss gegen die Vierte Genfer Konvention dar. Ein solcher Verstoss gegen internationales Recht bedeutet für Drittstaaten bestimmte Verpflichtungen, ist mit individueller strafrechtlicher Verantwortlichkeit verbunden und gilt als Kriegsverbrechen.

„Der rapide Anstieg der Zerstörungen zeigt, dass wir unseren Worten dringend gemeinsame Taten folgen lassen müssen, damit wir diese Verstösse gegen internationales Recht beenden“, erklärte Tony Laurance, Leiter der Weltgesundheitsorganisation in den besetzten Gebieten. „Grobe Verletzungen des internationalen humanitären Rechts können schnell zur Norm werden. Wir werden keine gerechte und dauerhafte Konfliktlösung finden, wenn wir nicht zuerst die Respektierung des humanitären Völkerrechts durchsetzen.“

Einige der Gemeinschaften, die „umgesiedelt“ werden sollen, gehören zu den am stärksten von den Zerstörungen betroffenen Zielen. Damit wächst die Sorge, dass die israelische Regierung Zwangsmittel einsetzt, um die palästinensische Bevölkerung zu vertreiben. Palästinensischen Gemeinschaften, für die der Umsiedlungsplan eigentlich nicht gilt, droht allerdings ein ähnliches Schicksal. Das palästinensische Hüttendorf Sussia soll in den kommenden Wochen trotzdem dem Erdboden gleichgemacht, die BewohnerInnen vertrieben werden.

Die Regierung Israels rechtfertigt diese Zerstörungen und die Umsiedlung von Gemeinschaften im Area-C-Gebiet, das Teil des international anerkannten besetzten palästinensischen Territoriums ist, mit fehlenden israelischen Planungs- und Baugenehmigungen, die der palästinensischen Bevölkerung allerdings routinemässig vorenthalten werden. Aufbau- und Entwicklungsprojekte werden somit unmöglich, so dass die Bevölkerung durch den Abriss ihrer Häuser, Vertreibungen und Zwangsumsiedlung besonders gefährdet ist und kaum Möglichkeiten hat, ihr Recht auf Wasser, angemessene Wohnungen, Bildung, Gesundheitsversorgung und ein menschenwürdiges Leben wahrzunehmen.

Lokale und internationale Hilfsorganisationen werden von der israelischen Regierung immer massiver daran gehindert, der betroffenen Bevölkerung beizustehen. Damit verletzt Israel eindeutig seine Verpflichtung, die effektive Durchführung von Hilfsmassnahmen zu unterstützen.

Folgende Organisationen sind betroffen:

1. **ActionAid**
2. **Aktion gegen den Hunger**
3. **Amnesty International**
4. **Asamblea de Cooperacion por la Paz (ACPP)**
5. **Broederlijk Delen**
6. **Christian Aid**
7. **Kirche von Schweden**
8. **OSPE**
9. **DanChurchAid**
10. **Diakonia**
11. **EAPPI VK und Irland**
12. **Embrace the Middle East**
13. **Gruppo di Volontariato Civile**
14. **Heinrich-Böll-Stiftung**
15. **Lawyers for Palestinian Human Rights**
16. **Medical Aid for Palestinians (MAP – UK)**
17. **Oxfam**
18. **Overseas**
19. **Open Shuhada Street South Africa**
20. **Norwegian Church Aid**
21. **Norwegian People's Aid**
22. **Palestine Solidarity Association of Sweden**
23. **Pax Christi Flandern**
24. **Pax Christi International**

**25. Premiere Urgence Aide Medicale
Internationale (PU-AMI)**
**26. Quaker Peace and Social Witness
(QPSW)**
27. Secours Islamique France

28. Lutherischer Weltbund
29. Trócaire
30. Vento di Terra
31. WeEffect

[ENDE]

Hinweise an die Redaktion:

- Die Zahlen über die abgerissenen Häuser und Vertriebenen stammen aus der Demolitions Database der UN-Institution OCHA, letzter Zugriff am 20. August 2015 um 19:23 Uhr. Die Zerstörungen dieser Woche im Area-C-Gebiet erfolgten am 17., 18. und 20. August.
- Vier der 10 palästinensischen Gemeinschaften, die von den jüngsten Abrissaktionen betroffen sind (Az'Zaayem, Khan Al Ahmar-Abu Falah, Bir Al Maskoob und Wadi Sneysel), befinden sich innerhalb des E1-Gebietes und sind zu den 46 palästinensischen Beduinen- und Hirtengemeinschaften hinzuzuzählen, die bereits Teil des israelischen „Umsiedlungsplans“ sind. Insgesamt 22 Gebäude wurden am 17. August in diesen vier Gemeinschaften zerstört und 78 Menschen vertrieben.
- Der „Umsiedlungsplan“, der von Israel im September 2014 veröffentlicht wurde, ist auch unter der Bezeichnung „Nuweimeh-Plan“ bekannt. Im Zuge seiner Umsetzung sollen etwa 7.000 PalästinenserInnen aus 46 Gemeinschaften, davon 23 innerhalb des E1-Gebietes, mit Genehmigung Israels in die drei Dörfer Nuweimeh, Fasayel und Al Jabal umgesiedelt werden. Das Zitat des Generalsekretärs bezieht sich auf Artikel 37 in <http://bit.ly/1qYgu8L>, allgemeine Informationen siehe <http://bit.ly/1HXvSHM>
- Der E1-Masterplan der Israelis (Plan Nr. 420/4) wurde 1999 genehmigt und soll durch eine Reihe von Einzelplänen umgesetzt werden, um die Siedlung Ma'ale Adumim mit Jerusalem und einem grössere Ma'ale Adumim-Siedlungsblock sowie mit den Siedlungen Mishor Adumim und Kfar Adumim über ein Netz von Strassen und neue Wohnungsbauinitiativen zu verbinden.
- Die Israelische Zivilbehörde (ICA) trifft sämtliche Planungs- und Bauentscheidungen für die Area C und hat bis zu 94% der palästinensischen Bauanträge in den vergangenen Jahren abgelehnt. Die ICAH hat mehr als 12.500 Abrissbefehle in der Area C für palästinensische Wohnungen, Schulen, Stallungen, Zisternen und traditionelle Brotbacköfen (Tabouns) erlassen. Dieselbe Behörde genehmigt regelmässig Bauanträge, Bauplanungen und Landzuteilungen für die weitere Entwicklung illegaler Siedlungen in Area C. Weitere Informationen unter <http://bit.ly/1J66dAA>

Kontakt:

Für weitere Informationen sowie Vereinbarungen über Medieninterviews oder Touren zu den betroffenen Gemeinschaften wenden Sie sich bitte an: Willow Heske, willow.h@aidajerusalem.org, +972 (0)597133646 oder +972 (0)542851189